66. Jahrgang. № 227

Dienstag, 16. Mai 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 35,— M., vierteljährlich 75,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 6,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Min.-z. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 1,50 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Etablissement I. Ranges — Original amerik. Bar
erstklassige warme und kalte Küche
Excelsior Diele
Seestraße 7
Konzerte Jesko Lukatos, ungar. Kapellmstr. u. Cymbalvirtuos
zum 5-Uhr-Tee und abends

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen
27 Kamenzer Straße Straßenbahn. 5
J. A. BRUNO KÖNIG
Kamenzer Straße 27 Telephon 22667

Ernst Lange
Koffer- u. Taschenfabrik
König Johann-Str. Pirnaischer Platz

Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens.

Die Schlußsitzung in Genf. — Schiffers Rede.

Genf, 15. Mai. Heute nachmittag wurde das deutsch-polnische Abkommen über die Regelung der Uebergangsverhältnisse in Oberschlesien von den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und der Republik Polen in öffentlicher Schlußsitzung unterzeichnet.

Präsident Calonder eröffnete die Sitzung mit einer längeren Ansprache, in der er die

oberschlesische Frage als eine der schmerzlichsten

bezeichnete, die der Friedensvertrag aufgeworfen habe. Im Verlaufe seiner im übrigen sehr optimistischen Ausführungen schilderte er die deutsch-polnischen Verhandlungen in allen ihren Einzelheiten, hob die Persönlichkeiten der Bevollmächtigten und die Schwierigkeiten der Verhandlungen hervor und sprach die Hoffnung aus, daß der nunmehr abgeschlossene Vertrag eine gedeihliche Entwicklung Oberschlesiens gewährleisten möge.

Hierauf ergriff

Reichsminister a. D. Schiffer

das Wort. Er dankte dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern für ihre wertvolle Hilfe. Vor allem, erklärte er, sei die oberschlesische Bevölkerung dafür dankbar, daß Calonder sich persönlich in ihr Land begeben habe, um dort die Verhältnisse zu studieren, während man es in der Entscheidung des Botschafterrates nicht für angezeigt erachtet hätte, mit der Bevölkerung in Fühlung zu treten. Reichsminister a. D. Schiffer fuhr sodann fort: Auch ich bekenne mich mit dem Präsidenten der Konferenz zu dem

Grundsatz der Versöhnlichkeit.

Wohl stehe ich auch rückhaltlos zu meinem Volke und fühle ich mich überall und immer als Deutscher, und jetzt in der Zeit des Unglücks mehr denn je. Aber mit der Treue zu seinem Volke ist es durchaus verträglich, die Zugehörigkeit zu der großen Menschheitsfamilie nicht zu vergessen. Die Zeit ist gekommen, um die

Brücken zwischen den Völkern neu zu schlagen,

die der Krieg zerstört hat. Wenn der einzelne seinen Idealismus vereinigen muß mit dem sozialen Empfinden, so muß auch jedes Volk unbeschadet seiner ethnologischen Eigenart sie ergänzen durch internationale Beziehungen und Bedingungen. Wir verstehen daher, Herr Präsident, Ihre Befriedigung. Aber während sie ungetrübt und vollkommen ist, darf die unsere es nicht sein und kann es nicht sein. Es wäre unmöglich und unwürdig, das nicht in diesem Orte und in dieser Stunde offen und frei auszusprechen. Auf uns lastet der Anlaß, der zu diesem Vertrag geführt hat. Sie haben selbst soeben die oberschlesische Frage als eine der schmerzlichsten bezeichnet, die der Vertrag von Versailles aufgeworfen. Sie haben damit

die Wunde berührt, die in uns brennt.

Der Akt, den ich jetzt unterzeichnen werde, ist der letzte Akt einer Tragödie, die aber für uns nicht ein bloßes Schauspiel, sondern grausame Wirklichkeit ist. Zu den Verhandlungen nach Genf führte uns nicht die freie Betätigung des eigenen Willens, sondern der Zwang der Entscheidung vom 20. Oktober 1921.

Die Rechtsverwahrung, die gegen sie eingelegt worden ist, besteht fort.

Sie wird durch meine Unterschrift unter den vorliegenden Vertrag nicht berührt. Aber die Tatsache, daß mit dieser meiner Unterschrift, wenn sie die verfassungsmäßige Zustimmung des Deutschen Reichstages erhält, der Tag näher rückt, der die Abtretung eines großen Teiles Oberschlesiens zur Ausführung bringt, die abermals Tausende von treuen Deutschen vom deutschen Volke trennt, läßt keine wahre Genugtuung, keine echte Befriedigung bei uns aufkommen.

Immerhin, das Wesen eines geschichtlichen Augenblicks besteht darin, daß es nicht bloß ein Ende, sondern zugleich auch ein Anfang ist. Deshalb dürfen wir, um dem Augenblick gerecht zu werden, nicht bloß in die Vergangenheit schauen, nicht bloß an der Gegenwart haften, sondern müssen unseren Blick auch in die Zukunft richten. Sie ist dunkel und keiner wird wagen, über sie zu prophezeien. So können auch wir nur sagen, daß wir, was in unseren Kräften stand, getan haben, um die Bedingungen zu schaffen, unter denen ein Volkskörper trotz der Wunden, die ihm die Vergangenheit geschlagen hat, fortleben kann, und wir vermögen im übrigen nur zu wünschen und zu hoffen, daß unser Werk

eine tragfähige Unterlage für das Gedeihen Oberschlesiens,

eine Anknüpfung aufrichtiger Beziehungen zwischen Deutschland und Polen mit den Anfang einer Neugestaltung der Verhältnisse bedeuten möge, wie Sie, Herr Präsident, sie wünschen und mit Ihnen der größte Teil der Welt. Denn die Welt ist der diplomatischen Künste und der taktischen Schachzüge müde. Sie will arbeiten, Werte schaffen und die erzeugten Güter austauschen, und sie verlangt sehnsüchtigen Herzens nichts anderes, als Recht, Ruhe und einen wahren Frieden.

Nachdem Reichsminister a. D. Schiffer unter dem lebhaften Beifall der Versammlung seine Rede beendet hatte, entwarf der polnische Bevollmächtigte Olczowski ein ausführliches Bild der Verhandlungen über das oberschlesische Problem. Er rühmte die durch die Botschafterkonferenz getroffene Entscheidung. Zum Schluß beglückwünschte der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Erik Drummond die beiden Bevollmächtigten und den Präsidenten der Konferenz, worauf Reichsminister a. D. Schiffer und Minister Olczowski die drei aufgelegten Exemplare des Vertrags unterzeichneten.

Nach Beendigung der Konferenz schritten Reichsminister Schiffer und Minister Olczowski zur Unterzeichnung zweier Sonderabkommen, die zwar im Zusammenhang mit dem großen Vertrag stehen, aber durch völlig selbständige und unmittelbare Verhandlungen zwischen beiden Staaten abgeschlossen worden waren, nämlich das Postscheckabkommen und das Grenzbahnhofsabkommen.

Die Konferenz im Haag.

Die Propheten, die vor vierzehn Tagen auf Grund ihres seherischen Scharfblickes und gestützt auf beste „Informationen" voraussagten, die Genueser Konferenz werde in zwei bis drei Wochen zu Ende gehen, dürften Recht behalten. Man liest und hört von einer letzten Plenarsitzung, vernimmt von bereits abgereisten Delegationsteilen und macht sich schon Vorstellungen im phantasiereichen Hirn, wie Schanzer oder de Facta die letzten Gäste am Bahnhof mit herzlichen Worten verabschieden werden, nicht ohne ihnen noch einmal freundlichst zugerufen zu haben: Auf Wiedersehen im Haag! Dann wird nach all dem wohlanständigen und versöhnlichen Händeschütteln der Genua-Delegierten die Welt von einem leichten, zagen Kopfschütteln ergriffen werden. Und diese letztere Bewegung wird ehrlicher und berechtigter sein als die andere. Denn es wird in ihr die unverhohlene Verwunderung all derjenigen zum Ausdruck kommen, die sich nicht ohne weiteres erklären können, was nach einer so langen, so zahlreich beschickten, so unerhört arbeits- und wortreichen Zusammenkunft der Diplomaten und Staatsleiter der Hinweis auf eine neue Konferenz zu besagen hat. War denn nicht Genua die Konferenz der Konferenzen, war es nicht gewissermaßen die Krönung von Washington, sollten nicht unten im südlichen Paradies, dessen milde Eindrücke an sich schon die Menschen harmonischer und besser machen, Grund- und Eckstein zum neuen Weltfriedensbau gelegt werden, dessen Schaffung die Klärung aller anderen strittigen Probleme so von ganz allein mitbringen würde? Aber selbstverständlich, so wird die konferenzfreundliche Presse antworten, hat Genua das gebracht, was man von ihm erwartete, es war ein Erfolg, wie er im Buche steht, ein einwandfreier, glatter Enderfolg. Und der Haag? Was man auf diese kleine, peinliche Zusatzfrage erwidern wird, das sei den findigen Kommentatoren um Lloyd George und Barthou überlassen. Sie werden es sicher verstehen, „die schönen Erfolge" von Genua und den neuen Konferenzplan zugleich zu verteidigen. Das ändert aber nichts am wahren Sachverhalt und kann den logischen Zusammenhang der Tatsachen nicht verdecken. Entweder war die Genueser Konferenz ein Erfolg, dann endete sie mit gemeinsamen Beschlüssen, an denen nicht mehr zu drehen und zu deuteln ist, die höchstens noch der Ratifikation durch die Regierungen der Länder bedürfen; oder es macht sich in der Tat eine Fortsetzung der Besprechungen im Haag oder sonstwo notwendig, nun, dann hat die internationale Zusammenkunft am Mittelmeer trotz gegenteiliger Behauptungen sich als ein Versager entpuppt. Und zwischen diesem Entweder-Oder entscheiden wir uns wie Minna von Barnhelm gegenüber dem sich hinauskomplimentierenden Riccaut de la Marlinière für die Worte: Das letztere, mein Herr, das letztere!" Es war ein Versager.

Die ganze Konferenz hatte sich in den letzten Wochen trotz der Vielgestaltigkeit ihres Programms immer mehr dem einen Problem zugewandt, dessen Lösung sich jetzt für ihre Beratungsmethode als zu schwer herausgestellt hat. Dieses Problem ist das russische mit seinen Unterfragen, wie kann Rußland wieder aufgebaut werden, wie können seine wirtschaftlichen Kräfte und Hilfsquellen Europa und der Welt wieder nutzbar gemacht werden? Wären diese Fragen rein sachlich und im Geiste des von Lloyd George viel gepredigten Vertrauens behandelt worden, hätte man es vermieden, ihre Lösung von politischen Momenten abhängig zu machen, so würde dabei zweifellos in Kürze ein ersprießliches Ergebnis herauskommen sein. Aber weder England noch Frankreich konnten sich rechtzeitig zu einer solchen Auffassung verstehen. Für beide stand an oberster Stelle der Gedanke des profitablen Geschäfts, bei dessen Abschluß sie mehr auf den gegenseitigen Ausgleich ihrer eigenen Positionen, als auf ihr Verhältnis zu Rußland bedacht waren. Ob Rußland sich mit ihren Plänen einverstanden erklären würde, ob es nicht selbst eigene Ideen für den Aufbau seiner Wirtschaft mitbrachte, kam für sie erst in zweiter Linie in Betracht. Verständlich, daß die Bekanntgabe des deutsch-russischen Vertrags, der auf einer Basis abgeschlossen war, die sie nur immer im Munde führten, auf der Basis der tatsächlichen Gleichberechtigung, diese Länder erbitterte. Sie fühlten sich überrascht und auf das unangenehmste berührt, daß zwei „unterlegene" Staaten die schönen Programmworte als Ansporn zur Tat aufgefaßt und in die Tat umgewertet hatten. Mittlerweile war das Memorandum an Rußland bereits fertiggestellt worden, in dem die Aufbaugedanken Englands und Italiens nicht ohne Berücksichtigung des hartnäckig ablehnenden französisch-belgischen Standpunktes ihren Niederschlag fanden. Und an diesem Memorandum, das mit der ganzen Kurzsichtigkeit rein egoistischer Politik abgefaßt war, übte die umfangreiche russische Antwort vom 12. Mai vernichtende Kritik. Sie stellte fest, daß Rußland bei aller Bereitwilligkeit, die Aufgaben der Konferenz zu fördern, nur für „gleichwertige Konzessionen" seinerseits Zugeständnisse machen könne und daß es für den einzig richtigen Ausweg aus der Schwierigkeit der Situation die „gegenseitige Annullierung" aller Forderungen halte. Mit dieser sicherlich sehr vernünftigen Feststellung hätte sich weder England noch Frankreich oder sonst eine Macht zufrieden gegeben. Sie widerspricht der

Rußlands Einspruch gegen den Beschluß der einladenden Mächte.

Genua, 15. Mai. Die russische Delegation hat an den Präsidenten der Konferenz folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident! Die heutigen Zeitungen veröffentlichen offizielle Verlautbarungen und Nachrichten über Vorbesprechungen, die gestern zwischen gewissen Mächten, die in der politischen Unterkommission vertreten sind, geführt worden sind, und zwar über den Vorschlag der russischen Delegation in ihrer Antwort vom 11. Mai, die die Bildung einer gemischten Kommission vorsieht, der die weitere Prüfung der finanziellen Probleme übertragen werden sollte. Nach unseren Informationen sollen diese Mächte beabsichtigen, folgende Entschließungen anzunehmen: 1. die Vertreter Rußlands von der Kommission auszuschließen und ihnen nur beratende Stimme zuzuerkennen, wenn es den übrigen Mitgliedern der Kommission angebracht erscheinen sollte, 2. die an der Konferenz von Genua teilnehmenden Staaten zu verpflichten, kein Sonderabkommen mit Rußland abzuschließen, solange die Arbeit der Kommission andauere.

Die russische Delegation sieht sich dadurch der Möglichkeit beraubt, offizielle Informationen über die Beratungen der Unterkommission, insbesondere über die vorgenannten Entschließungen, zu erhalten, und in Anbetracht der Bedeutsamkeit dieser Vorgänge ihren durchaus unannehmbaren Charakter für Rußland zu unterstreichen. Vor allem muß die russische Delegation ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß sie eingeladen wurde, ihre Ansicht über den Vorschlag, den sie selbst machte, darzulegen. Was den eigentlichen Kern der Entschließungen, die man fassen will, anlangt, so muß die russische Delegation feststellen, daß diese Entschließungen, anstatt die Einigung zwischen den Mächten und Rußland zu erleichtern, nur dahin führen können, die

Annäherung zwischen den Mächten und Rußland,

wie sie durch die Konferenz von Genua erfolgt ist, wieder zunichte zu machen, und die Art des Vorgehens bei der Lösung des russischen Problems, die sich bisher nicht nur als fruchtlos, sondern als schädlich erwies, wieder aufzunehmen. Der Ausschluß Rußlands von den Arbeiten der Kommission würde dieser Kommission jeden objektiven Charakter und jede moralische Autorität entziehen, und zwar nicht nur in den Augen des russischen Volkes, sondern auch in den Augen der unparteiischen öffentlichen Meinung.

Die zweite Entschließung, die die Mächte verpflichtet, mit Rußland, solange die Arbeiten der Konferenz dauern werden, kein Abkommen zu schließen, ist selbst, wenn dieses Verbot sich auf ein politisches Abkommen bezieht, nichts weiter als eine

neue maskierte Blockade,

die sich gegen die Interessen des russischen Volkes richtet, das in dieser Entschließung nur einen neuen Akt der Feindschaft gegen seine politische Existenz und seine Lebensinteressen sehen könnte. Uebrigens würde eine derartige Entschließung vollkommen im Widerspruch stehen zu dem anderen Vorschlage, von dem in demselben Communiqué die Rede ist, und in dem es heißt, daß die an der Konferenz beteiligten Mächte verpflichtet sind, auf alle Handlungen der Feindschaft untereinander zu verzichten, so daß also die in Rede stehende Entschließung eine Erneuerung der Feindschaftspolitik gegen Rußland bedeuten würde, die zwei Jahre vor der Konferenz von Genua eingestellt wurden.

Die russische Delegation stellt erneut mit Bedauern fest, daß jedesmal, wenn eine Einigung zwischen Rußland und den anderen Mächten bevorsteht,

gewisse Mächte ihre Interessen über die allgemeinen Interessen Europas und den Frieden stellen,

indem sie versuchen, die gemeinsamen Anstrengungen zunichte zu machen und die Beziehungen zu Rußland und den anderen Mächten auf den Standpunkt zurückzuführen, auf dem sie sich vor der Konferenz von Genua befanden. Durchdrungen von dem Gefühl der Achtung und von dem Verlangen, das Eintreten einer Verzögerung zu verhindern, wie sie durch das Hineinziehen der einseitigen Besprechungen ohne jede Aussicht auf Erfolg, in die Konferenz hineingetragen wird, betrachtet es die russische Delegation als ihre Pflicht, die sofortige Einberufung der politischen Kommission zu verlangen, damit sie ihren Vorschlag bezüglich der Schaffung einer gemischten Kommission darlegen und entwickeln kann. Die Einberufung der Kommission muß allen Mächten die Möglichkeit geben, zu dem Vorschlage Stellung zu nehmen.

Genehmigen Sie Herr Präsident usw.

Tschitscherin.

(W. T. B.)

(Weitere Meldungen siehe Seite 2.)